

Regierungsratsbeschluss

vom 7. März 2006

Nr. 2006/478

**Auftrag Urs Wirth (SP, Grenchen): Weniger Sozialhilfeausgaben durch Anreizsystem zur beruflichen Integration von Behinderten (05.07.2005);
Stellungnahme des Regierungsrates zum Änderungsantrag der SOGEKO vom 18.01.2006**

1. Ausgangslage

Wir beantragten mit RRB Nr. 2005/2455 (A107/2005 [DDI]) die Nichterheblicherklärung des Vorstosses. Der Hauptgrund des ablehnenden Antrages lag in der Forderung nach monetären Anreizen begründet. Hingegen befürworteten wir in der Stellungnahme, Anreize über Kampagnen, welche Arbeitgebende und Unternehmen, aber auch Gemeinden für das Anliegen sensibilisieren zu prüfen.

Die Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) hat an ihrer Sitzung vom 18. Januar 2006 den Antrag des Regierungsrates behandelt und Folgendes beschlossen:

"Es sind konkrete Massnahmen zu prüfen und umzusetzen, um private Unternehmen, insbesondere KMU zu sensibilisieren, zu unterstützen und zu begleiten, damit sie vermehrt behinderte und leistungsschwache Personen weiterbeschäftigen und neu beschäftigen. Im Weiteren wird der Regierungsrat beauftragt, zu prüfen, ob in den kantonalen Betrieben behinderte und leistungsschwache Personen vermehrt beschäftigt und mit welchen Massnahmen die Gemeinden für dieses Anliegen sensibilisiert und unterstützt werden können."

2. Feststellungen und Erwägungen

Die SOGEKO verlangt mit ihrem Antrag ganz in unserem Sinne die Prüfung von Massnahmen. Wir sind daher bereit, dem Antrag der SOGEKO zuzustimmen; halten aber gleichzeitig fest, dass eine allfällige Begleitung der Massnahmen zur Sensibilisierung – entsprechend den Voten in der SOGEKO – nicht monetärer Art sein kann. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, weisen wir institutionell noch einmal darauf hin, dass die Unterstützung und Begleitung von privaten Unternehmen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen wollen oder beschäftigen, im Rahmen der Bundesgesetzgebung primär Sache der Invalidenversicherung ist.

3. **Beschluss**

Dem Änderungsantrag der Sozial- und Gesundheitskommission vom 18. Januar 2006 wird zugestimmt.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilagen

Änderungsantrag der SOGEKO vom 18. Januar 2006

Verteiler

Regierungsrat (6)
Departement des Innern
Amt für soziale Sicherheit (3; SCD, CHA, Ablage)
Parlamentsdienste (2)
Aktuarin SOGEKO
Traktandenliste Kantonsrat